

02	Top News	09	Aus den Abteilungen
04	Hochschulspiegel	11	Umweltschutz und Nachhaltigkeit
07	Themenreihe Forschung	12	Themenreihe Medien
07	Veranstaltungen Vorschau	13	Themenreihe Weltoffene Hochschulen
09	Personalnachrichten	14	Veröffentlichungen

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Corona-Pandemie ist wieder präsenter denn je – nicht nur an unserer Hochschule, sondern auch in ganz Deutschland. Wir befinden uns mitten in der vierten Welle, die uns mit voller Wucht trifft.

Wir als Präsidium haben die Entwicklungen der vergangenen Wochen und Tage aufmerksam verfolgt und sind letztendlich – in Rücksprache mit der Corona-Koordinierungsgruppe – zu dem Entschluss gekommen, die Präsenzlehre für ein „Weihnachtsmoratorium“ zu unterbrechen und die gesamte Hochschule bis zum 18. Januar 2022 in die Online-Lehre zu überführen. So können wir den Studienbetrieb und die anstehenden Klausuren sichern und unseren rund 13.500 Studierenden weiterhin ein erfolgreiches Studium ermöglichen.

Im gleichen Zuge haben wir uns dafür entschieden, die Corona-Maßnahmen noch einmal zu erweitern: Ungeimpfte müssen ab sofort jeden Tag, wenn sie die Hochschule betreten, einen negativen Corona-Schnelltest vorweisen; Geimpfte und Genesene zwei Mal die Woche. Da wir neben Infektionen bei Ungeimpften auch immer mehr Impfdurchbrüche verzeichnen, war uns wichtig, dass sich alle Beschäftigten regelmäßig testen lassen – unabhängig von ihrem Impfstatus.

Nur so haben wir eine Chance, Corona-Fälle frühzeitig zu entdecken und nachzuverfolgen. Die neuen Regelungen gelten sowohl für Studierende und Lehrende als auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die entsprechenden Tests werden wie gewohnt von der Verwaltung und in den Kursen zur Verfügung gestellt. Alternativ kann natürlich auch ein Testzentrum besucht werden.

Es war uns vor allem wichtig, dass wir unsere Entscheidung frühzeitig treffen und transparent kommunizieren, damit alle Beteiligten Planungssicherheit haben. Die nun beschlossenen Corona-Maßnahmen von Bund und Ländern sollen dabei helfen, die vierte Welle zu brechen. Wir hoffen sehr, dass dies bis Mitte Januar gelingt und werden die Entwicklung insgesamt weiter beobachten und lageangepasst entscheiden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine angenehme Lektüre des Newsletters!

Ihr

Martin Borträger
Präsident der HSPV NRW

Top News

„Wir machen unsere Hochschule winterfest!“

Interview mit Hochschulpräsident Martin Borntträger

Vom 6. Dezember 2021 bis zum 18. Januar 2022 hat das Präsidium ein sogenanntes „Weihnachtsmoratorium“ beschlossen. Das heißt, die Präsenzlehre wird unterbrochen und in die Online-Lehre überführt. Diese Maßnahme soll zusätzlich durch eine umfassende Teststrategie abgesichert werden. Die Gründe hierfür erklärt HSPV-Präsident Martin Borntträger im Interview.

Warum hat das Präsidium ein „Weihnachtsmoratorium“ beschlossen? Wie soll die Hochschule „winterfest“ gemacht werden?

Wir alle verfolgen die täglich steigenden Corona-Infektionszahlen in den Nachrichten, die so hoch sind, wie nie zuvor. Vor einem Jahr waren wir bei solchen Inzidenzen längst in einem Lockdown, haben in die Online-Lehre gewechselt. In diesem Jahr ist die Situation eine andere. Rund 98 % unserer Hochschulangehörigen sind geimpft. Außerdem gehören wir zu den wenigen Bildungseinrichtungen im Land, die über einen sehr hohen Schutzstandard verfügen – mit Raumluftreinigern, Plexiglastrennwänden und einer konsequenten Umsetzung der 3G-Regel. Seit dem 15. November gibt es zusätzlich eine umfassende Teststrategie – auch für Geimpfte.

Wir wissen, wie wichtig die Präsenzlehre an unserer Hochschule ist und dass sie zur DNA der HSPV NRW gehört. Weder Studierende noch Lehrende möchten eine Situation wie im vergangenen Jahr. Auf der anderen Seite können wir aber auch die derzeitige Lage nicht ignorieren. Der nächste Klausurlauf – und damit der Studienerfolg – wäre gefährdet, wenn die Infektionszahlen an unserer Hochschule weiter steigen und wir nichts unternehmen. Vor diesem Hintergrund haben wir uns – nach Beratungen mit der Corona-Koordinierungsgruppe und dem Krisenstab, aber auch nach Gesprächen mit dem Innenministerium und den Einstellungsbehörden – für ein Modell entschieden, das beide Seiten berücksichtigt: den Wunsch nach Präsenzlehre, aber auch den Wunsch nach Sicherheit und Gesundheitsschutz.

Dabei war uns sehr wichtig, klare Entscheidungen zu treffen und transparent zu kommunizieren, aber ohne Unsicherheit zu verbreiten oder Alarmismus zu schüren. Außerdem wollten wir vor der Lage bleiben und den Beteiligten Planungssicherheit geben. Vizekanzler Olaf Scholz hat im Bundestag gesagt, er will „das Land winterfest machen“. Das wollen wir auch. Wir wollen unsere Hochschule „winterfest“ machen.



Martin Borntträger, Präsident der HSPV NRW (© PR-Fotografie Köhring)

Durch unser „Weihnachtsmoratorium“, das am 6. Dezember 2021 beginnt und, wenn alles gut läuft, am 18. Januar 2022 endet, unterbrechen wir die Präsenzlehre lediglich für ein paar Wochen. Wir möchten uns durch diese „Pause“ einerseits Luft verschaffen, um die kommenden Klausurläufe gut zu überstehen. Andererseits möchten wir aber auch dafür sorgen, dass wir alle sicher durch diese schwierige Zeit und den Winter kommen und gesund Weihnachten feiern können. Gesundheitsschutz hat an unserer Hochschule nach wie vor höchste Priorität.

Was bedeutet eine umfassende Teststrategie? Wie soll sie konkret umgesetzt werden?

Die neue Coronaschutzverordnung besagt, dass für die Einhaltung der 3G-Regel ein Test nicht älter als 24 Stunden sein darf. Das heißt, Studierende, Lehrende und Mitarbeitende, die nicht geimpft sind, müssen an unserer Hochschule täglich einen Test vorlegen.

Das allein reicht aber nicht aus. Wenn wir uns das Infektionsgeschehen anschauen, sehen wir, dass sich auch Geimpfte infizieren. Daher müssen sich seit dem 15. November auch Geimpfte an unserer Hochschule zweimal wöchentlich testen lassen. Nur so haben wir eine Chance, Corona-Fälle frühzeitig zu entdecken und weiterverfolgen zu können. Die Tests dafür werden wie gewohnt von der Verwaltung und in den Kursen zur Verfügung gestellt.



Glauben Sie, dass die beschlossenen Maßnahmen ausreichen, um die Präsenzlehre bis Anfang Dezember abzusichern? Wie soll es nach dem „Weihnachtsmoratorium“ weitergehen?

Ich hoffe, dass die derzeit von Politik und Wissenschaft diskutierten Corona-Maßnahmen helfen, die vierte Welle zu brechen. Jeder Einzelne von uns kann etwas dazu beitragen, durch das Einhalten der üblichen Regeln: Kontaktreduzierung, Maske tragen, Abstand halten – und natürlich die Impfung. Aber wie sich die Lage bis Mitte Januar entwickelt, kann ich natürlich nicht vorhersagen. Deshalb müssen wir jederzeit lageangepasst entscheiden können, wie es an der Hochschule tatsächlich weitergeht und auch ob wir im Januar wieder in Präsenz starten können – was wir natürlich alle hoffen.

Was ich jedoch sicher weiß, ist, dass die beschlossenen Maßnahmen bis zum „Weihnachtsmoratorium“ ein enormer Kraftakt sind. Nicht nur für die Verwaltung, die die Tests besorgen, verteilen und vorhalten muss. Auch für die Studienorte und die Studierenden, die die Durchführung gewährleisten und für das Corona-Management, das jeden einzelnen Fall bearbeitet und verfolgt.

Nach wie vor bin ich froh und dankbar für das große Engagement aller Menschen an unserer Hochschule; dafür, dass wir zusammenhalten und beieinanderstehen. Ich bin sicher, dass wir mit dieser Haltung auch den weiteren Verlauf der Krise meistern und die Situation im Griff behalten werden!

Pressestelle Zentralverwaltung

Corona-Update

Unterbrechung der Präsenzlehre | Anpassung der Schutzmaßnahmen

Die Inzidenzen und die Hospitalisierungsquoten in Deutschland steigen derzeit in ungewöhnlich hohem Maße – auch in Nordrhein-Westfalen. Das Ziel der HSPV NRW ist es weiterhin, einen sicheren Studienbetrieb zu gewährleisten und ein erfolgreiches Studium zu ermöglichen. Das Präsidium hat nach Konsultation der Corona-Koordinierungsgruppe daher folgende Maßnahmen beschlossen. Sie gelten sowohl für die Studierenden der Bachelor- und Masterstudiengänge als auch für die Lehrenden und die Verwaltung:

- Die HSPV NRW unterbricht mit einem „Weihnachtsmoratorium“ die Präsenzlehre. Das bedeutet, dass die Hochschule ab dem 6. Dezember 2021 bis einschließlich 18. Januar 2022 in die Online-Lehre überführt wird. Dies ist vor allem notwendig, um den Klausurlauf, der für den Erfolg des Studiums existenziell ist, zu schützen.
- In Anpassung an die Coronaschutzverordnung, die seit dem 10. November 2021 gilt, haben sich ab sofort alle Personen, die nicht geimpft oder genesen sind, zur Einhaltung der 3G-Regel jeden Tag vor Beginn der Vorlesungen beziehungsweise vor Aufnahme des Dienstes zu testen (unter Inanspruchnahme der durch die HSPV NRW zur Verfügung gestellten Tests) oder ein gültiges Testergebnis mit sich zu führen, das nicht älter als 24 Stunden ist.
- Alle geimpften oder genesenen Personen sind verpflichtet, sich zweimal pro Woche, ebenfalls vor den Vorlesungen



© mpix-foto - stock.adobe.com

beziehungsweise vor Aufnahme des Dienstes, zu testen. Um welche Tage es sich handelt, erfahren Sie von den örtlichen Verwaltungen. Diese Regelung gilt für die Verwaltung, die Lehrenden und die Studierenden gleichermaßen. In der Zentralverwaltung hat die Testung montags und donnerstags zu erfolgen. Sollten Sie an einem dieser Tage nicht im Dienst oder ein ganzer Kurs nicht in der Hochschule sein, nutzen Sie bitte den darauffolgenden Tag zur Testung.

Alle weiteren Neuerungen können Sie dem [Corona-Sondernewsletter](#) vom 11. November 2021 entnehmen.

Pressestelle Zentralverwaltung

Hochschulspiegel

Extremismusprävention

Prof. Dr. Thomas Grumke zum Extremismusbeauftragten benannt

Die HSPV NRW hat Prof. Dr. Thomas Grumke, Lehrender für Politikwissenschaft und Soziologie am Studienort Gelsenkirchen, zum Extremismusbeauftragten benannt. Er tritt damit die Nachfolge von Prof. Dr. Dorothee Dienstbühl an, die ihn aufgrund seiner Expertise und seiner langjährigen Forschungserfahrung als ihren Nachfolger vorgeschlagen hatte.

Grumkes Aufgabe als Extremismusbeauftragter besteht darin, Angelegenheiten des politischen Extremismus nach innen und nach außen zu vertreten. Er soll Hinweisen mit extremistischem Bezug, etwa zu Personen oder Sachverhalten, durch Lehrende, Studierende oder Mitarbeitende der Hochschule nachgehen und die Leitung entsprechend beraten. Er führt zudem regelmäßig Fortbildungen zum politischen Extremismus durch und ist Ansprechpartner für das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (IM NRW), die Ausbildungsbehörden und -leitungen, das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP), die Polizeibehörden sowie für zivilgesellschaftliche Akteure. Darüber hinaus berät er bei Bedarf das Teildezernat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei Medienanfragen.

Martin Bornträger, Präsident der HSPV NRW, erklärt: „In unseren Studiengängen spielen Menschenrechtsbildung sowie die Auseinandersetzung mit und vor allem die Prävention von menschenfeindlichen Einstellungen eine große Rolle. Wir als Hochschule tragen Verantwortung dafür, dass unsere Lehrenden, Mitarbeitenden und Studierenden sich gemäß unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verhalten, dass ihr Handeln auf rechtsstaatlichen Prinzipien und Wertevorstellungen



HSPV-Präsident Martin Bornträger (links) gratuliert Prof. Dr. Thomas Grumke zu seiner neuen Funktion als Extremismusbeauftragter (© HSPV NRW)

gen basiert. Daher freue ich mich, dass wir mit Thomas Grumke einen erfahrenen und versierten Kollegen für die Funktion des Extremismusbeauftragten gewinnen konnten.“

Das IM NRW hatte die Funktion der Extremismusbeauftragten in den Polizeibehörden und an der HSPV NRW im vergangenen Jahr neu geschaffen, um Anlaufstellen einzurichten, die Hinweisen auf extremistische, rassistische, fremden- und ausländerfeindliche Auffassungen bei Mitarbeitenden und Beamten/Beamtinnen nachgehen beziehungsweise diese untersuchen.

Pressestelle Zentralverwaltung

Antisemitismus braucht eine engagierte Demokratie

Vortrag und Podiumsdiskussion an der Ruhr-Universität Bochum

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen gehört zu den wichtigsten Themen unserer Zeit, denn: Es geht um eine Entwicklung, welche es erlaubt, die Bedürfnisse aller Menschen zu erfüllen und zugleich die Umwelt, die Ressourcen und natürlich auch das Klima zu schützen.

„Soroptimist International“ (SI) ist mit über 70.000 Mitgliedern weltweit eine der größten Service-Organisationen berufstätiger Frauen. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 100-jährigen Bestehen der Organisation haben die Clubs der „Metropole Ruhr Plus“ zusammen mit den regionalen Hochschulen ein großes Netzwerk gebildet.

SI fühlt sich den 17 Zielen der Vereinten Nationen zur nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. So wurden für die Feierlichkeiten zum 100. Gründungsjahr verschiedene Podiumsdiskussionen mit Themen zur Agenda 2030 ins Leben gerufen, wobei die Veranstaltungen jeweils eines der Nachhaltigkeitsziele in den Mittelpunkt stellen. Die Podien sind mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Fachleuten und Betroffenen besetzt. Moderatorin der Auftaktveranstaltung war Nina Ruge, Botschafterin der Stiftung Allianz für Entwicklung und Klima.

Anlässlich des Jubiläums fand am 9. November 2021 eine zweistündige Veranstaltung an der Ruhr-Universität Bochum

(RUB) zum Thema „Das Tagebuch der Anne Frank‘ reicht nicht – Antisemitismus braucht engagierte Demokratie“ statt. Für den einleitenden Vortrag konnte die Antisemitismusbeauftragte des Landes NRW, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, gewonnen werden. Die ehemalige Bundesjustizministerin startete ihren Vortrag mit der erschreckenden Aussage „Die Welt wäre ein besserer Ort ohne Juden“. Laut den Erkenntnissen der 2018 veröffentlichten Studie „Erfahrungen und Wahrnehmungen von Antisemitismus“ der Europäischen Grundrechteagentur stimmen 38 % der deutschen Befragten diesem Statement zu. Im selben Jahr stellte der Verfassungsschutz fest, dass die politisch motivierte Kriminalität insgesamt leicht rückläufig ist, dieser Rückgang allerdings nicht für den Bereich des Antisemitismus gilt. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger beschrieb Fakten wie diese und zeigte zugleich effektive Maßnahmen auf. Aus ihrer Sicht sind alle Demokratinnen und Demokraten gefordert, „diesen Angriffen auf unsere Gesellschaft und unsere elementaren Rechte zu begegnen“.

Im Mittelpunkt der anschließenden Podiumsdiskussion standen Theologie-Professorin Dr. Isolde Karle (Prorektorin für Diversität, Inklusion und Talententwicklung der RUB), zwei Schülerinnen, die für ihren Beitrag über jüdisches Leben mit dem Dr. Otto Ruer-Preis des Freundeskreises der Synagoge Bochum-Herne-Hattingen ausgezeichnet wurden und Dr. Kerstin Lüdke von der HSPV NRW, die selbst seit vielen Jahren im SI-Netzwerk aktiv ist.

Es ging insbesondere um die unterschiedlichen Sichtweisen der Beteiligten auf die Themen Antisemitismus, Rassismus und Extremismus (vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen



V.l.n.r.: Sabine Reinermann, Nadine Müller, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Kerstin Lüdke, Kathrin Oemmelen, Barbara Dahlhaus und Svenja Breil (© Gabriele Rütters)

Fachlichkeiten) sowie um mögliche Präventionsansätze. Dabei waren die Teilnehmenden positiv überrascht, wie komplex der Ansatz der HSPV NRW im Rahmen der (Aus-)Bildung von angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten ist: Die hohe Kompetenzorientierung des Studiums hinsichtlich der Auseinandersetzung mit diesen Themen, das umfängliche Ansetzen im Bereich der polizeilichen Menschenrechtsbildung und die Unterstützung der Kommissaranwärterinnen und -anwärter bei der Klärung der eigenen, neuen Rolle fanden breite Zustimmung. Ebenso wurden die Beauftragtenfunktionen für Extremismus und Menschenrechtsbildung, die vielfältigen Aktivitäten mit Studierenden und die unterschiedlichen Forschungsprojekte an der Hochschule interessiert wahrgenommen.

Dr. Kerstin Lüdke Abteilung Köln

Bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum

Auf die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Organisationen und Engagierten kommt es an

Über 80 Teilnehmende diskutierten im Oktober anlässlich einer Online-Veranstaltung über gute Rahmenbedingungen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen. Prof. Dr. Andrea Walter, in ihrer Funktion als Sprecherin der AG Zivilgesellschaftsforschung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), hatte die digitale Veranstaltung gemeinsam mit Dr. Tuuli-Marja Kleiner vom Thünen-Institut für ländliche Räume in Braunschweig organisiert. Unter den Teilnehmenden waren Vertreterinnen und Vertreter aus Verbänden, Vereinen, Stiftungen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Kommunen, Bundesministerien und der Politik.

Ziel der Veranstaltung war es, aktuelle Entwicklungen im Engagement in ländlichen Räumen in den Blick zu nehmen, eine Bestandsaufnahme aktuell laufender Forschungsprojekte und Praxisinitiativen anzustoßen sowie gemeinsam zu diskutieren, welches Wissen Kommunen, Organisationen und Engagierte vor Ort benötigen.

Im Anschluss an den Einführungsvortrag folgten drei parallele Workshops mit den Themenschwerpunkten „Forschungsbedarfe identifizieren“, „Diversität und Vielfalt im Engagement stärken“ und „Zusammenwirken von Verwaltung, Organisationen und Engagierten“.

In letzterem Workshop gab Gabriele Linster von der Samtgemeinde Bersenbrück (Niedersachsen) einen Einblick in ihre Arbeit. Sie koordiniert das dortige Seniorenbüro, das Büro für Bürgerschaftliches Engagement sowie die Gemeinwesenarbeit.

Marion Zosel-Mohr von der Freiwilligenagentur Stendal (Sachsen-Anhalt) erklärte aus ihrer langjährigen Erfahrung vor Ort, welche Rahmenbedingungen Organisationen und Engagierte benötigen.

Nina Leseberg, Abteilungsleiterin Strukturstärkung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, stellte das neue Programm „Engagiertes Land“ vor, das darauf hinarbeitet, Engagementlandschaften in ländlichen Räumen weiterzuentwickeln.

Die Teilnehmenden erarbeiteten verschiedene Erfolgsfaktoren guter Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltungen und Organisationen (Vereine, Verbände) zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort.

Dazu gehören unter anderem eine kooperative Haltung aller Beteiligten, das Schaffen von Orten der Begegnung zwischen Akteuren aus Verwaltung, Politik, Organisationen und Wirtschaft, Ansprechpartnerinnen und -partner innerhalb der Verwaltung sowie Förderlinien, die auf Kooperation anstatt auf Wettbewerb setzen.

Prof. Dr. Andrea Walter Abteilung Gelsenkirchen, Studienort Dortmund

Psychische Abhängigkeit durch emotionale Manipulation

Passend zum Europäischen Tag gegen Menschenhandel am 18. Oktober 2021, waren Sensibilisieren und Aufklären das Ziel einer digitalen Veranstaltung zum Thema „Loveboymasche“

Die Integrationsagenturen der Diakonie Mark-Ruhr und die Evangelische Erwachsenenbildung Ennepe-Ruhr hatten zu der Veranstaltung eingeladen. Wie schnell gerade junge Mädchen zum Opfer werden können, aber auch welche Möglichkeiten zur Hilfe es gibt, haben verschiedene Referentinnen und Referenten verdeutlicht.

Margarete Kummer und Franziska Lange von der Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel der Diakonie Mark-Ruhr haben zu Beginn die „Loveboymasche“ erläutert. „Durch psychische Manipulation wird eine emotionale Abhängigkeit erzeugt, wodurch jüngere Männer Zugang und Zugriff auf Mädchen finden“, berichtet Franziska Lange. Die Diakonie Mark-Ruhr bietet Hilfe in Form von (anonymer) Beratung bis hin zu einer sicheren Unterbringung.

Ein Vater, dessen Tochter selbst zum Opfer wurde, berichtete von seinen Erfahrungen. Er hat die Elterninitiative Eilod e.V. ins Leben gerufen: „Auch die Familie wird zum Opfer, Eltern und

Mädchen brauchen niederschwellige Hilfen.“ Dabei sei es aber gerade für die betroffenen Mädchen eine Schwierigkeit, sich zu öffnen.

Mit konkreten Fallbeispielen und einer strafrechtlichen Betrachtung wusste Dr. Kathrin Wick-Rentrop von der HSPV NRW zu sensibilisieren. Nicole Gaertig vom Opferschutz der Polizei befürchtet insgesamt eine hohe Dunkelziffer: „Aufklärung ist wichtig. Wir haben das Wohl der Opfer im Blick und bieten Begleitung und Vermittlung an verschiedene Beratungsstellen an.“ Für den Fachbereich Jugend und Soziales der Stadt Hagen hat Sebastian Faber die Möglichkeiten der Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit dem Jugendamt beleuchtet.

Am Ende der Veranstaltung bestand die Möglichkeit, in Kleingruppen vertieft in den Austausch zu gehen. Einig waren und sind sich alle Teilnehmenden, dass das Thema „Loveboymasche“ gesamtgesellschaftlich mehr in den Fokus gerückt werden muss.

Fabian Tigges Diakonie Mark-Ruhr

Themenreihe Forschung

IPK an NRW-Initiative beteiligt

Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Am 27. Oktober 2021 tagte die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) der NRW-Initiative „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ im Innenministerium NRW (IM NRW). Ziel der Veranstaltung war die ressortübergreifende Abstimmung eines Präventionsleitfadens für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.

In diesem Sinne nahmen Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei und verschiedener NRW-Ministerien an der Sitzung teil. Die HSPV NRW ist in den Gesamtprozess (wissenschaftliche Beratung der IMAG und des Projekts) durch zwei Mitglieder des Instituts für Polizei- und Kriminalwissenschaften (IPK) eingebunden.

Die Initiative entwickelt auch eine Online-Plattform, die Forschungsprojekte und Trainingsprogramme im Kontext der Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sichtbar(er) macht und vernetzt. Hier sind bereits Forschungsprojekte der HSPV NRW vertreten.

Einschlägige Projekte können weiterhin an die Adresse nrw-initiative@polizei.nrw.de geschickt werden. Bislang sind



V.l.n.r.: Alexander Stoll (Projektleiter, IM NRW), Michael Schemke (Inspekteur der Polizei, IM NRW), Falk Schnabel (Polizeipräsident Münster und Leiter der IMAG) und Andre Niewöhner (Projektleiter, Polizeipräsidium Münster) (© HSPV NRW)

dort über 80 Behörden, Verbände und Hochschulen vertreten. Mit einem Echtbetrieb der Plattform ist Ende dieses Jahres zu rechnen.

Prof. Dr. Vanessa Salzmann Abteilung Münster

Dr. Claudia Kaup Abteilung Münster

Veranstaltungen Vorschau

Weiterbildung Intern

Die Veranstaltungen für die Jahre 2021 und 2022 stehen Ihnen auf der Seite „[Weiterbildung Intern](#)“ auf der Website der HSPV NRW zur Verfügung.

Dezember 2021		
14./15.12.2021	Demokratische Resilienz und Whistleblowing als Herausforderung für die Ethiklehre	online
Januar 2022		
10./11.01.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Rhetorik und Präsentation	BEW Essen
20.01.2022	Kick-Off-Veranstaltung, Transfermodul, Gruppe 13	online
20./21.01.2022	Qualifizierte Aufnahme schwerer Verkehrsunfälle/Elektromobilität	BEW Duisburg



Februar 2022		
01.02.2022	„Darf ich Sie kurz mal was fragen?“ – Gespräche mit Studierenden zielorientiert und stimmig führen	HSPV NRW, Zentralverwaltung
21.02.2022	Professionell lehren, Basis 1, Gruppe 24	online
März 2022		
08.03.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Stressbewältigung	HSPV NRW, Zentralverwaltung
16.03.2022	Beratungsworkshop, Transfermodul, Gruppe 13	HSPV NRW, Zentralverwaltung
24./25.03.2022	Lernförderliche Rückmeldungen	BEW Duisburg
29.03.2022	Flipchart-Coach	HSPV NRW, Zentralverwaltung
April 2022		
05./06.04.2022	TSK 1	Lichthof, Gelsenkirchen
25./26.04.2022	TSK 2	Lichthof, Gelsenkirchen
25./26.04.2022	Praxiswerkstatt	Die Wolfsburg, Mülheim a. d. Ruhr
27./28.04.2022	Professionell lehren, Basis 2, Gruppe 24	online
Mai 2022		
12./13.05.2022	TSK 1	Lichthof, Gelsenkirchen
12./13.05.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Rhetorik und Präsentation	Lichthof, Gelsenkirchen
31.05.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Abschlussveranstaltung	HSPV NRW, Zentralverwaltung
Juni 2022		
02./03.06.2022	TSK 2	Lichthof, Gelsenkirchen
14.06.2022	Abschlussveranstaltung, Transfermodul, Gruppe 13	HSPV NRW, Zentralverwaltung
28./29.06.2022	Professionell lehren, Basis 3, Gruppe 24	online
August 2022		
25./26.08.2022	HD-Crashkurs	Die Wolfsburg, Mülheim a. d. Ruhr
25./26.08.2022	Professionell lehren, Basis 4, Gruppe 24	online

Kontakt

Sabrina Käsel, Tel.: 0209 1659 - 1230; Laura Kucharzewski, Tel.: 0209 1659 - 1290
weiterbildung-intern@hspv.nrw.de



Personalnachrichten

Aus der Verwaltung

Einstellungen

Herzlich willkommen an der HSPV NRW!

- Seit dem 1. November 2021 verstärkt Jana-Andrea Frommer das Forschungsprojekt „Antisemitismusprävention in der Polizeiausbildung“.
- Das Forschungsprojekt „PEP“ wird seit dem 2. November 2021 durch Bianca Hermes, Julia Regett, Katharina Regh und Wescheslaw Rinas unterstützt.
- Tim Hübner ist seit dem 8. November 2021 im Forschungsprojekt „SROI – Die Sicherung des Ehrenamts für die Zukunft im ländlichen Raum“ tätig.

Aus den Abteilungen

AC

Aktion gegen das Vergessen

Angehende Polizistinnen und Polizisten reinigen Stolpersteine in Aachen



Aachener Stolpersteine (© Polizei Aachen)



Die Aktion fand zum Gedenken an die Reichspogromnacht am 9. November 1938 statt (© Polizei Aachen)

Welche Rolle spielte die Polizei bei den Verbrechen des Nationalsozialismus? Angehende Polizistinnen und Polizisten der HSPV NRW und Polizeihauptkommissar Udo Andres, in seiner Funktion als Lehrender und Extremismusbeauftragter der Polizei Aachen, beschäftigen sich im Rahmen eines Seminars mit genau dieser Frage.

Neben weiteren Lehrinhalten (zum Beispiel die Teilnahme an Stadtführungen der Volkshochschule: „Wege gegen das Vergessen“) entschieden sich die Studierenden dieses Jahr für eine besondere Geste: die Reinigung von Stolpersteinen*. Mitten in Aachen, im Frankenberger Viertel, erinnern diese Messingsteine an das Schicksal der Eheleute Rosenthal und an Meta Rosenberg, die Opfer der Shoa wurden. Die Studierenden

gedachten der betroffenen Familien und schilderten was am 9. November 1938 in Aachen passierte.

Neben Polizeipräsident Dirk Weinspach und Dr. Holger Nimtz, Abteilungsleiter der HSPV NRW (Studienort Aachen), nahmen auch Anwohnerinnen und Anwohner an der Gedenkveranstaltung teil.

Pressestelle Zentralverwaltung

* Bei den Stolpersteinen handelt es sich um ein Kunstprojekt des Künstlers Gunter Demnig. Sie erinnern an das Schicksal der Menschen, die während der NS-Zeit deportiert, ermordet und vertrieben wurden.



DO
„Mund halten, das geht gar nicht!“
NRW-Innenminister Herbert Reul im Gespräch mit Dortmunder Polizeistudierenden


NRW-Innenminister Herbert Reul (links) zu Gast am neuen Studienort der HSPV NRW in der Dortmunder Innenstadt (© HSPV NRW)



V.l.n.r.: Präsident Martin Borntträger, Innenminister Herbert Reul, Vizepräsidentin Prof. Dr. Iris Wiesner, Kanzler Markus Coerdts und Lehrender Christoph Koerdt (© HSPV NRW)

Herbert Reul, Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, besuchte am 8. November 2021 zwei Polizeikurse am neuen Studienort der HSPV NRW in der Dortmunder Innenstadt. Auf Einladung von Dozent Christoph Koerdt (Lehrender für Politikwissenschaft und Verwaltungsbeamter bei der Stadt Witten) sprach Reul mit Polizeistudierenden, die im September 2021 ihr duales Studium begonnen haben, über die Rolle der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Polizeiberuf und über den Einfluss demokratiegefährdender Phänomene, wie Extremismus, auf die tägliche Arbeit.

Zu Beginn des rund 90-minütigen Gesprächs zollte Herbert Reul den angehenden Polizistinnen und Polizisten Respekt für ihre Berufswahl: „Das Leben als Polizistin und Polizist ist kein Beruf, sondern ein Auftrag. Es gibt 56.000 Beschäftigte bei der nordrhein-westfälischen Polizei. Jeder Einzelne von Ihnen steht für das ganze Team!“ Mit Blick auf die Ereignisse rund um Chatgruppen mit rechtsextremen Inhalten ergänzte er: „Ich als Innenminister dulde keinen Extremismus in unserer Polizei. Nicht von rechts. Und nicht von links. Nicht aus religiösen Motiven.“ Darüber hinaus ermutigte er die jungen Dortmunder Kommissaranwärterinnen und -anwärter sich bei Verdachtsfällen an die Extremismusbeauftragten ihrer Behörden oder ihrer Hochschule zu wenden: „Falsch verstandene Solidarität, Mund halten – das geht gar nicht.“

HSPV-Präsident Martin Borntträger erklärte im Rahmen des Besuchs: „Ich freue mich sehr darüber, Herrn Minister Reul an unserer Hochschule zu Gast zu haben. Denn gemeinsam tragen wir Verantwortung dafür, unseren Studierenden eine fachlich fundierte und anspruchsvolle Lehre zu bieten, die sie

gut auf den polizeilichen Alltag vorbereitet, ihnen die Grundlagen rechtsstaatlicher Prinzipien vermittelt und ihre Selbstverantwortung stärkt.“

Das dreijährige, duale Bachelorstudium Polizeivollzugsdienst (PVD) an der HSPV NRW zeichnet sich durch eine Verbindung von Theorie, vertiefenden Trainings und Praxisabschnitten aus. Politische Bildung, die Auseinandersetzung mit Rassismus, Extremismus und menschenfeindlichen Einstellungen sowie eine Klärung und Reflexion des eigenen Rollenverständnisses spielen dabei eine wichtige Rolle.

„Während das Studium für den Polizeivollzugsdienst grundlegende staatsrechtliche und sozialwissenschaftliche Inhalte vermittelt, bot der heutige Austausch die Möglichkeit, aktuelle politische Handlungsansätze gegen Extremismus in NRW und die konkrete Rolle der Polizei dabei zu diskutieren“, fasste Christoph Koerdt den Besuch des Innenministers zusammen. „Die Einladung prominenter Landes- und Bundespolitiker ist ein wichtiger Teil meiner Lehre“, so Koerdt weiter.

An der HSPV NRW werden an zehn Studienorten rund 13.500 Studierende auf eine berufliche Tätigkeit bei der Polizei, der Landesverwaltung, der Kommunalverwaltung und der Rentenversicherung vorbereitet. Die Zahl der PVD-Studierenden liegt bei 7.500. Zu den Inhalten des Bachelorstudiums Polizeivollzugsdienst gehören unter anderem die Bereiche öffentliches Dienstrecht, Ethik, interkulturelle Kompetenz, Eingriffsrecht, Einsatzlehre, Strafrecht, Kriminalitätskontrolle und Verkehrssicherheitsarbeit sowie die Rolle der Polizei in Staat und Gesellschaft.

Pressestelle Zentralverwaltung



Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Für eine Dekade des Klimaschutzes

Unsicherheiten in der Politik: Scheitert ausreichender Klimaschutz an den Finanzen?

In vielen Medien liest man es zurzeit: Die nächste Legislaturperiode und das kommende Jahrzehnt sind entscheidend für den Klimaschutz. Viele Studien belegen diese These und auch in den Sondierungsverhandlungen von SPD, Grünen und FDP wurde die enorme Bedeutung immer wieder betont. Allerdings zeigen die Verhandlungen auch den gewaltigen Widerspruch zwischen solchen Bekundungen einerseits und der Schwierigkeit beziehungsweise dem Unwillen andererseits, die Finanzierung der notwendigen Schutzmaßnahmen zu sichern. Die FDP spricht sich beispielsweise gegen neue staatliche Kreditaufnahmen für den Klimaschutz sowie für eine Schuldenbremse aus – diese Haltung ist nur schwer mit dem Bekenntnis zum Klimaschutz vereinbar.

Es zeichnet sich daher ab, dass die Umsetzung der Klimawende große Probleme bereiten wird und das Risiko besteht, dass die überaus große Bedeutung des Klimaschutzes bei einigen nur ein Lippenbekenntnis bleibt. Das sehen auch wichtige Akteure der Gesellschaft so. Es folgen einige drängende Plädoyers für den absoluten Vorrang des Klimaschutzes in den nächsten Jahren.

Die Stimme des wissenschaftlichen Sachverständigen

Die wissenschaftlichen Sachverständigenräte und Kommissionen, die in der Bundesrepublik die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz vertreten, haben sich in einem gemeinsamen offenen Brief an die Bundesvorsitzenden, Generalsekretäre und Fraktionsvorsitzenden von SPD, Grünen und FDP dafür stark gemacht, Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung „zum prägenden und strukturierenden Leitmotiv der neuen Legislaturperiode zu machen“. Laut dem Brief drohe „eine dauerhafte Gefährdung von Wohlstand und Entwicklungschancen“ sowie eine „Zunahme gesellschaftlicher Zerreißproben mit ernststen Gefahren für Demokratie und Menschenrechte“. Weiter heißt es: „In dieser kritischen Situation wenden wir uns erstmals gemeinsam an Sie als die verantwortlichen

Politikerinnen und Politiker, die einen neuen Koalitionsvertrag aushandeln“. Die Unterzeichner fordern eine grundlegende Kurskorrektur in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und sprechen sich für die Realisierung der zentralen Maßnahmen zum Schutz des Klimas (und der Biodiversität) aus. Gleichzeitig befürworten sie eine „konsequente Ausrichtung des Systems der Steuern und Abgaben auf den Klima- und Umweltschutz“.

Die Stimme der Wirtschaft

Interessanterweise hat eine Gruppe von 69 wichtigen deutschen Unternehmen (darunter Bayer, ENBW, EON, Infineon, SAP oder Thyssen-Krupp) ebenfalls einen Appell an die (künftige) neue Bundesregierung formuliert, den Klimaschutz „ganz oben auf die Agenda“ zu setzen. „Die Dekade des Handelns für den Klimaschutz hat begonnen. Die neue Bundesregierung muss jetzt den Rahmen setzen, damit wir als Unternehmer Klimaneutralität zum Markenzeichen der deutschen Wirtschaft machen können“, heißt es in dem Appell. „Klimaneutralität machen“ sollte zum Motto der neuen Legislaturperiode werden und eine „Umsetzungsoffensive für Klimaneutralität in den ersten hundert Tagen“ eingeleitet werden.

Ähnlich äußert sich der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Er hat (zusammen mit der Strategieberatung Boston Consulting Group, BCG) die Studie „Klimapfade 2.0“ veröffentlicht: Der Bundesrepublik steht demnach in Sachen Klimaschutz ein enormer Kraftakt und eine historische Chance bevor – es handelt sich um die größte Transformation der Nachkriegszeit. Bis 2030 seien zur Erreichung der Klimaschutzziele Mehrinvestitionen von 860 Milliarden Euro erforderlich. Die Studie steht online zur Verfügung.

Den ausführlichen Beitrag zu diesem Thema können Sie [hier](#) nachlesen.

Dr. Werner Glenewinkel & Prof. Dr. Erhard Treutner



Themenreihe Medien

ILIAS-Lernsequenzen

Die Lösung für das angeleitete Selbststudium

Eher zufällig habe ich vor Kurzem in ILIAS eine neue Anwendung, die sogenannten Lernsequenzen, entdeckt und gemerkt, dass hierin die Lösung für das angeleitete Selbststudium steckt! Meiner Erfahrung nach ist die ILIAS-Lernsequenz jedoch gar nicht so bekannt an der HSPV NRW. Im Folgenden stelle ich die Anwendung daher kurz vor und beschreibe, wie sie insbesondere im Rahmen des Selbststudiums eingesetzt werden kann.

Die Idee des angeleiteten Selbststudiums an unserer Hochschule ist klasse: Lehrinhalte werden von Studierenden zu Hause eigenständig be- und vor allem erarbeitet. Anschließend findet eine Verzahnung mit der Lehre vor Ort statt. Idealerweise können hierdurch sogenannte Flipped- beziehungsweise Inverted-Classroom-Modelle umgesetzt werden, indem Studierende sich neue Inhalte selbst erarbeiten, wodurch die frontale Wissensvermittlung in der Lehre entfallen kann. So bleibt mehr Zeit für Anwendungs- und Transferübungen. Dies gelingt selbstverständlich nur, wenn die Wissensaneignung der Lernenden auch ohne Dozentin oder Dozent gelingt und sie, zu guter Letzt, auch umgesetzt wird.

In der Realität scheint das angeleitete Selbststudium eine Herausforderung zu sein. So geht es in kollegialen Gesprächen häufig um die Frage, wie darauf zu reagieren sei, wenn Studierende sich nicht dem Selbststudium widmen und letztendlich von denjenigen profitieren, die zu Hause ihre Aufgaben bearbeitet haben. Ferner beklagen Studierende bisweilen, dass sie Schwierigkeiten damit haben, sich beispielsweise durch das alleinige Lesen eines Textes Wissen anzueignen. Seitdem ich das angeleitete Selbststudium in meinen Kursen mittels ILIAS-Lernsequenzen durchführe, haben sich die hier skizzierten Schwierigkeiten vollkommen aufgelöst.

Die ILIAS-Lernsequenz ist eine asynchrone Lerneinheit, die sehr unterschiedlich gestaltet werden kann. Das besondere an der Anwendung ist, dass sie eine Art Lehrpfad vorgibt. Die Studierenden durchlaufen verschiedene Stationen, genannt Curriculum. Diese können aus Videos, Texten und Übungen bestehen. Erst wenn ein Teil absolviert ist, gelangt man zu der nächsten Station im Curriculum.

Ich beginne meist mit einem kleinen Einführungsvideo zu dem jeweiligen Thema. Dieses erstelle ich mit besprochenen PowerPoint-Folien, die ich als Video extrahiere. Anschließend

bietet es sich an, einen kleinen Test einzubauen, sodass die Studierenden zu den zuvor vermittelten Inhalten „geprüft“ werden. Letztendlich können die Lernstationen jedoch auch aus Übungen bestehen, in denen Freitextantworten gegeben oder Verlinkungen zu Zeitungsartikeln etc. erstellt werden.

Die Lernsequenz kann somit auch frontale Einheiten umfassen. Anders als in der Lehre entscheiden sich die Studierenden zu Hause ganz bewusst dafür, sich mit einem bestimmten Inhalt zu befassen. Ferner haben sie die Möglichkeit, sich Erklärvideos und dergleichen wiederholt anzuschauen. Durch kleine Tests kann das zuvor Gelernte verfestigt werden. Freitextantworten, zum Beispiel auf Reflexionsfragen, können des Weiteren auch in der Lehre in Kleingruppen zurückgespielt und diskutiert werden. Ein weiterer Vorteil ist, dass neben den Studierenden auch die Dozentin beziehungsweise der Dozent den Lernfortschritt übersichtlich sehen kann. Daraus ergibt sich eine stärkere Verpflichtung zur Durchführung des Selbststudiums.

Insgesamt habe ich mit den ILIAS-Lernsequenzen sehr gute Erfahrungen gemacht. Zum einen ist die Wissensvermittlung erfolgreicher. Die Studierenden weisen ein besseres Verständnis für abstrakte Lehrinhalte auf, als wenn diese nur im Rahmen der Lehrveranstaltung frontal vermittelt werden. Somit bleibt in der Lehre mehr Zeit zur Vertiefung. Zum anderen ist die Teilnahmemotivation höher. Den Studierenden macht das strukturierte und angeleitete Selbststudium deutlich mehr Spaß und ich erlebe, dass es fast alle im Kurs durchführen (meist fehlt die Teilnahme nur bei zwei bis drei Studierenden).

Eine Lernsequenz zu durchdenken und einzurichten, ist einerseits mit einem gewissen zeitlichen Aufwand verbunden. Andererseits kann eine einmal erstellte Lernsequenz jederzeit wieder benutzt und in verschiedene ILIAS-Gruppen kopiert werden.

Wie eine Lernsequenz aussehen kann und worauf man beim Einrichten achten sollte, habe ich in einem [Video-Tutorial](#) erklärt.

Ich wünsche viel Spaß beim Ausprobieren und freue mich über Ihr Feedback sowie über weitere Anregungen zur Nutzung von Lernsequenzen!

Prof. Dr. Gina Wollinger Abteilung Köln



Themenreihe Weltoffene Hochschulen

„Bin ich eine Antisemitin, weil ich die Politik von Israel nicht gut finde?“

Ambiguitätstoleranz im didaktischen Umgang mit Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung

In den vergangenen Newsletterausgaben der HSPV NRW haben Sie schon verschiedene Kolumnen im Rahmen der „Weltoffenen Hochschule“ gelesen. Die letzten Beiträge haben sich mit verschiedenen Phänomenbereichen von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung beschäftigt, zum Beispiel „Rassismus“, „Racial Profiling“, „Antisemitismus“ und „Antiziganismus“. Alle Phänomene haben eine hohe gesellschaftliche Relevanz und treten in verschiedener Qualität und Quantität auf, auch in der aktuellen und zukünftigen Lebens- und Arbeitswirklichkeit der Studierenden unserer Hochschule. Entsprechend haben wir als Hochschule auch die Frage zu diskutieren, wie wir uns didaktisch dem Umgang mit Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung nähern. Diese Kolumne möchte hierzu einen Beitrag leisten, weil eines die genannten Phänomene gemeinsam haben: Sie greifen die Basis unseres Verständnisses vom gesellschaftlichen Miteinander an, indem sie das Recht auf Würde und die Gleichbehandlung jeder einzelnen Person ignorieren. Denn hinter den benannten Phänomenen steckt einzig der Gedanke, dass manche Menschen aufgrund von Merkmalszuschreibungen minderwertiger sind und weniger Rechte haben als andere Menschen. Dieser Gedanke wurde in dem theoretischen Ansatz zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ des Bielefelder Soziologen Andreas Zick und seinem Team systematisch aufgearbeitet. Zick und Küpper schreiben in einem Überblicksartikel zum Verständnis hierzu:

„Wenn Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe als irgendwie ‚anders‘, ‚fremd‘ oder ‚unnormale‘ markiert werden, dann wird aus ‚ungleich‘ sehr leicht auch ein ‚ungleichwertig‘.“¹

Zick und sein Team zeigen auch in Zahlen, dass diese soziale Praxis, ob bewusst oder unbewusst, nicht ausschließlich an den politisch extremen Rändern zu finden ist, sondern tief in unserer Gesellschaft verwurzelt ist.²

Für die Verbreitung gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze. Beispielsweise nehmen wir viele Vorurteile und Wahrnehmungsmuster einfach durch unsere Sozialisation auf und tragen diese unbewusst weiter (vgl. auch die Beiträge von [Gina Wollinger](#) und [Nanina Sturm](#) in der Themenreihe). Sich dessen bewusst zu machen, eigene Vorurteile zu entdecken und zu hinterfragen, sich damit einen professionellen Umgang anzueignen, gerade im Rahmen der Hochschullehre, ist hier ein konkreter Ansatz. Auch die Wissensvermittlung über gesellschaftliche Gruppen und deren Lebenswirklichkeit sowie das Ermöglichen von Austausch und Dialog mit den betroffenen Personen und Gruppen sind etablierte didaktische Ansätze, wie [Thorben Malcherek](#) zum Umgang mit Antisemitismus schreibt.

WELTOFFENE HOCHSCHULEN GEGEN FREMDEN- FEINDLICHKEIT

Doch schon allein der Beitrag von [Andreas Ruch](#) zum „Racial Profiling“ zeigt, dass hiermit nicht alles getan ist. Ruch macht deutlich, dass es unterschiedliche Meinungen darüber gibt, wie weit verbreitet Racial Profiling ist. Auch gibt es einen rechtlichen Dissens darüber, ob Racial Profiling eine zulässige Praxis ist. Was sollte hier also, angesichts der Komplexität, vermittelt werden?

Auch bei den anderen Phänomenen wird es schnell komplex. Allein das Phänomen des Antisemitismus zeigt, dass die von Malcherek beschriebenen historischen Vorurteile zwar immer noch existieren, der damit gemeinte „klassische Antisemitismus“ allerdings aktuell bei weitem geringer verbreitet ist, als beispielsweise der „israelbezogene Antisemitismus“. Hier überschneiden sich politische Einstellungen mit historischem (Un-)Wissen und Vorstellungen über die Lebenswirklichkeit von Menschen, die nicht der Realität entsprechen.

Den ausführlichen Beitrag zu diesem Thema können Sie [hier](#) nachlesen.

Wenn Sie sich weiter mit der beschriebenen Thematik auseinandersetzen möchten, empfehlen wir Ihnen folgende Bücher:

- Reis, Jack (1997): Ambiguitätstoleranz. Beiträge zur Entwicklung eines Persönlichkeitskonstrukts. Heidelberg: Asanger.
- Bauer, Thomas (2018): Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt. Ditzingen: Reclam.

Dr. Sarah Jadwiga Jahn Abteilung Gelsenkirchen

¹ Beate Küpper und Andreas Zick: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Bundeszentrale für politische Bildung, vom 20.10.2015, online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit> (letzter Zugriff am 19.10.2021).

² Andreas Zick (2021): Herabwürdigungen und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte, in: Zick, Andreas; Küpper, Beate (Hg.): Die geforderte Mitte. Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2021. Bonn: Dietz, S. 181-212



Veröffentlichungen

Lehrbuch „Staat und Gesellschaft“

Zweite Auflage erschienen

Nach zehn Jahren ist das sozialwissenschaftliche Lehrbuch „Staat und Gesellschaft“, das die curriculare Grundlage für die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie in den Studienabschnitten S1 und S2 bildet, neu aufgelegt worden. Herausgeber Thorben Winter, Professor für Politikwissenschaft und Soziologie am Studienort Hagen, hat dreizehn Kolleginnen und Kollegen der HSPV NRW für die Neuauflage als Autorinnen beziehungsweise Autoren gewinnen können. Die erste Auflage wurde im Jahr 2011 von Prof. Dr. Bernhard Frevel herausgegeben. Das Lehrbuch ist im Verlag für Verwaltungswissenschaft erschienen und Teil der Reihe „Moderne Verwaltung in der

Lehre“, die von Prof. Dr. Iris Wiesner, Dr. Torsten Fischer, Prof. Dr. Rainer Paulic und Prof. Dr. Thorben Winter herausgegeben wird.

Soziologie und Politikwissenschaft liefern mit ihren Analysen und Beschreibungen von Staat und Gesellschaft wesentliche Informationen, Deutungsmuster und Planungsgrundlagen für das administrative Handeln von Staat und Kommunen. Im Lehrbuch werden – mit stetigem Praxisbezug auf die Anforderungen der öffentlichen Verwaltung – ausgewählte Themenbereiche der beiden Bezugswissenschaften vorgestellt.

Prof. Dr. Thorben Winter Abteilung Gelsenkirchen,
Studienort Hagen

*„Man muss sich durch die kleinen Gedanken, die einen ärgern,
immer wieder hindurchfinden zu den großen Gedanken, die einen stärken.“*

(Dietrich Bonhoeffer, Theologe)

Impressum

Herausgeber Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, HSPV NRW
Redaktion Sandra Warnecke, Ann-Katrin Poblath
Heike Lücking (V. i. S. d. P.)
Fotos PR-Fotografie Köhring, HSPV NRW, stock.adobe.com, Gabriele Rütters, Polizei Aachen, www.hrk.de
Satz Isabel Hötte

Den Erscheinungstermin der neuen Ausgabe der „HSPV Aktuell“ finden Sie im [Newsletterkalender](#).

Sie erreichen das Redaktionsteam unter: newsletter@hspv.nrw.de

